

Anfragen zum Plenum in der 42. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien die Förderung von Computerspielentwicklung durch sie erfolgt, aus welchem Haushaltsposten die Erhöhung des Fördervolumens kommt und ob eine Erhöhung des Fördervolumens über 2019 hinaus geplant ist?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der 96 bayerischen Landkreise bzw. kreisfreien Städte sind aktuell Teil eines Verkehrs- bzw. Tarifverbunds (bitte unterscheiden nach Verbänden mit und ohne SPNV-Integration), wie viele sind Teil eines Verbunds ohne Gemeinschaftstarif (der also lediglich Fahrplankoordination betreibt) und wie viele Landkreise bzw. kreisfreie Städte sind verbundfreie Gebiete (bitte bei allen drei Teilfragen die jeweiligen Landkreise bzw. kreisfreien Städte nennen, sortiert nach Regierungsbezirken)?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung angesichts einer beunruhigend hohen Anzahl von teils schweren Fahrradunfällen in Bayern, welche Schritte sie unternimmt, um die Sicherheit der Radfahrerinnen und Radfahrer bayernweit zu verbessern, welche Planungen sie hat, um den Radverkehr in Bayern zu verstärken, zu fördern und zu erleichtern und ob sie jetzt, anders als in der Vergangenheit, die Notwendigkeit für ein bayerisches Radgesetz sieht, wie es diverse Parteien und Verbände seit einigen Jahren fordern?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Anlässlich des Falls, über den der Bayerische Rundfunk im Magazin „quer“ vom 26.09.2019 berichtete, frage ich die Staatsregierung, welche Lösung wurde bei der Personenkonferenz im betreffenden Fall, die laut Schreiben des Bezirks Oberbayern für den 27.09.2019 angesetzt war, gefunden – auch in Bezug darauf, eine weitere Inobhutnahme des Kindes durch das Jugendamt ab sofort obsolet zu machen, wird dieser Fall intern evaluiert, um sicherzustellen, dass in Anbetracht der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention die Abläufe der verschiedenen zuständigen Stellen zukünftig so optimiert werden, dass rechtzeitig menschenwürdige Lösungen gefunden werden, die eine Inobhutnahme vermeiden und wie viele Neugeborene wurden in Bayern in den letzten drei

Jahren aufgrund der Behinderung eines Elternteils in Obhut genommen?

Franz Bergmüller
(AfD)

Nachdem das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung 2 BvE 2/08 unter Randnummer 278 mit den Worten „Die Europäische Union bleibt auch als Verbund mit eigener Rechtspersönlichkeit das Werk souveräner demokratischer Staaten. Es ist deshalb beim gegenwärtigen Integrationsstand nicht geboten, das europäische Institutionensystem demokratisch in einer staatsanalogen Weise auszugestalten“* erkannt hat, dass die Europäische Union kein Staat ist, weswegen es „nicht geboten ist, die EU in staatsanaloger Weise auszugestalten“*, weswegen wiederum der Gesetzesantrag des Freistaates Sachsen vom 19.06.2019 (BR-Drs. 285/19) mit dem Ziel, den Symbolen des Nicht-Staates EU denselben Schutz zuzugestehen wie Symbolen echter Staaten unverstänlich wirkt und Fragen nach der Positionierung der Staatsregierung in dieser Hinsicht aufwirft, frage ich die Staatsregierung, ob sie das Gebilde der Europäischen Union im Einklang mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts – 2 BvE 2/08 – nicht als staatliches Gebilde ansieht, worin die Staatsregierung eine Rechtsgrundlage zu erkennen glaubt, den Symbolen nicht-staatlicher Gebilde im Rahmen der Strafgesetzgebung denselben Schutz zumessen zu können wie den Symbolen von richtigen Staaten und wie die Staatsregierung sich zum Gesetzesantrag des Freistaates Sachsen vom 19.06.2019 auf der BR-Drs. 285/19 positioniert (bitte begründen)?

*Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund aktueller Presseveröffentlichungen über die kriminalpolizeiliche Statistik zu Politisch motivierter Kriminalität (PMK), frage ich die Staatsregierung, ob es stimmt, dass die Morde, Sprengstoffanschläge und Banküberfälle des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in der Statistik des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes nicht als Politisch motivierte Kriminalität erfasst werden, und falls ja, warum nach der Enttarnung des NSU keine Korrektur der Statistik erfolgte und welche Anstrengungen die Staatsregierung unternimmt, um diesen skandalösen Zustand zu beenden?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem die DMK Deutsches Milchkontor GmbH am Donnerstag, den 10.10.2019, eine Lebensmittelwarnung für bestimmte Chargen Bakterien-verseuchter Milch herausgegeben hat, aber am Freitagvormittag in einigen Einzelhandelsgeschäften diese Milch noch zu kaufen war und auch keine Warnungen für die Kunden in den Geschäften aushingen, frage ich die Staatsregierung, welche rechtlichen Vorgaben in so einem Fall für den Einzelhandel resp. Großhandel bestehen, welche Vorgaben in Bayern für die Lebensmittelüberwachung bezüglich der Kontrolle nach solchen Lebensmittelwarnungen bestehen (z. B. Zeitvorgaben für stichprobenartige Kontrollen im Einzelhandel, Vorgaben für Umfang der Kontrolle abhängig von der konkreten Gefahr etc.), und in

welchen Fällen in Bayern bei mikrobieller Belastung von Lebensmitteln, wie auch schon im Fall „Bayern-Ei“, nur bestimmte Chargen des betroffenen Produkts bzw. in Verkehrsbringern zurückgenommen bzw. zurückgerufen werden?

Michael Busch
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern sind aktuell in tarifgebundenen Unternehmen beschäftigt (bitte nach Regierungsbezirken ausdifferenzieren), wie hat sich diese Zahl in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren ausdifferenzieren) und wie bewertet die Staatsregierung vor diesem Hintergrund die Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) auf Basis der Verdienststrukturerhebung (VSE) des Statistischen Bundesamts, wonach die Beschäftigten in Bayern bei flächendeckender Tarifbindung rund 3,5 Mrd. Euro mehr pro Jahr an Kaufkraft zur Verfügung hätten?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund neuer Recherchen des Redaktionsnetzwerk Deutschland zu den Aktivitäten des ehemaligen Bundeswehroffiziers und mutmaßlichen Rechtsterroristen [REDACTED], frage ich die Staatsregierung, ob den bayerischen Behörden Erkenntnisse zu möglichen Anschlagplänen von [REDACTED] in Bayern vorliegen, ob in diesem Zusammenhang auch Indizien für einen möglichen Anschlag auf den Würzburger Hafensommer im Jahr 2016 vorhanden sind und ob [REDACTED] bei seinen detaillierten Recherchen zum Auftritt zweier deutsch-syrischer Musikgruppen beim Hafensommer möglicherweise durch Helfer aus der regionalen rechten Szene unterstützt wurde?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, sind Veränderungen innerhalb der Schulleitung der Dominikus-Zimmermann-Realschule in Günzburg beabsichtigt, trifft es zu, dass der Staatsminister für Unterricht und Kultus, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gespräche zu dieser Realschule mit dem Günzburger Oberbürgermeister verweigert hat und wie sieht das Staatministerium für Unterricht und Kultus die Zukunftsperspektive dieser Schule?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen wurden aus Bayern im Rahmen der Sammelabschiebung nach Afghanistan am 08.10.2019 abgeschoben (bitte einzeln die Aufenthaltsdauer in Deutschland, rechtskräftig verurteilte Straftäter sowie die Straftaten und Strafmaße und Personen, die gearbeitet oder einen Ausbildungsplatz hatten und die Zahl der anwaltlichen Vertretungen auflisten), wie viele bayerische Polizistinnen und Polizisten sind im Moment im Rahmen der deutschen Polizeiausbildungsmission in Afghanistan (bei keiner Anwesenheit bitte die Gründe benennen), wird der Freistaat Bayern sich an der Warnung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) orientieren und sich für die Beendigung der Polizeiausbildungsmission einsetzen (falls nein, bitte die Gründe benennen)?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Portals boby.bayern.de anhand geeigneter Indikatoren für den vergangenen und weiteren Betrieb gestaltet, insbe-

sondere, wie vielen Personen mit dem Portal bei der beruflichen Orientierung geholfen werden konnte?

Martina Fehlner
(SPD)

Nachdem gemäß dem Leitbild der Neuen Tourismusoffensive Bayern (Ministerratsbeschluss vom 12.06.2018) „Tourismus im Einklang mit Mensch und Natur“ das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) Tourismus in Bayern nachhaltiger, naturverträglicher und barrierefreier gestalten möchte und gleichzeitig nach einer langen Reihe von Ortsterminen, Diskussionsrunden und Workshops in verschiedenen Regionen Bayerns in den letzten beiden Jahren die Pläne für einen dritten Nationalpark in Bayern jedoch nicht umgesetzt wurden, obwohl in landesweiten Umfragen der Nationalpark-Plan mit großer Mehrheit begrüßt wird, frage ich die Staatsregierung, inwieweit die Planungen für einen dritten Nationalpark in Bayern oder ähnlicher, für den Tourismus bedeutsamer Naturschutzprojekte aktuell weiterverfolgt werden, welche Regionen dafür weiterhin in Betracht gezogen werden und welcher Zeitplan für eine eventuelle Umsetzung der Planungen vorgesehen ist?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Modellprojekte und -versuche bzw. Schulversuche in den letzten zehn Jahren im Bildungsbereich (frühkindliche Bildung, schulische Bildung, berufliche Bildung, Hochschulbildung, Erwachsenenbildung) in Bayern gestartet worden sind, wie sie den Verlauf dieser Versuche bzw. Projekte nach aktuellem Stand bewertet (bitte kurze Einschätzung des jeweiligen Projekts anhand wesentlicher gewonnener Erkenntnisse darstellen) und inwieweit diese Versuche bzw. Projekte fortgeführt worden sind/werden sollen (bitte möglichst gliedern nach Verlängerung, Überführung in den Regelbetrieb, Ausweitung bzw. Veränderung des Versuchs sowie Beendigung)?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Unterrichtsstunden sind im Schuljahr 2019/2020 bereits an den Schulen des Landkreises Starnberg ausgefallen, reicht die Anzahl der verfügbaren „Mobilen Reserven“ zur Abdeckung von Ausfällen und mussten Schulen aufgrund von Lehrermangel Zusatzangebote streichen?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist die gemeinwirtschaftliche Konzessionsvergabe an ein Busunternehmen, bei der es keine Mitbewerber gab, gefährdet, wenn der Gesellschafter oder der Aufsichtsrat des Busunternehmens während der Laufzeit der Konzession beschließt, sich an einen anderen (teureren) Tarifvertrag zu binden und damit dem Auftraggeber höhere Kosten entstehen oder ist es statthaft, wenn das Busunternehmen durch höhere Zuwendungen sich diesem anderen Tarifvertrag annähert, bzw. können in einem der beiden Fälle andere Busbetreiber dagegen klagen und damit die Konzession gefährden?

Tessa Ganserer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales die Notwendigkeit erkannt hat, dass schwule, bisexuelle und queere Männer, die Opfer von sexualisierter und häuslicher Gewalt geworden sind, einen Beratungsbedarf durch Online- und Telefonangebote haben, frage ich die Staatsregie-

rung, ob sie diesen Beratungsbedarf außerdem für lesbische, bisexuelle und trans*geschlechtliche Frauen sieht, die nach empirischen Kenntnissen auch sehr häufig Diskriminierungserfahrungen machen, wann entsprechende Mittel und Angebote hierfür ebenfalls zur Verfügung gestellt werden und falls dies nicht geplant ist, warum nicht?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Höhe der sogenannten Mittel für Drittkräfte seit der ersten Einstellung im Nachtragshaushalt 2016 entwickelt (bitte Angaben in Euro, aufgeschlüsselt nach den Jahren 2016, 2017, 2018 und 2019 und nach Regierungsbezirken), wie viele Stunden für den bedarfsgerechten Sprachunterricht (v. a. Sprachkurse) wurden damit tatsächlich angeboten (bitte aufgeschlüsselt nach den Jahren 2016, 2017, 2018 und 2019 und nach Regierungsbezirken) und welche Überlegungen gibt es hinsichtlich der zukünftigen Bereitstellung von Mitteln für Drittkräfte in Bayern?

Harald Güller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung hinsichtlich der Personalstärke der Polizeiinspektionen in Schwaben, wie die jeweilige Sollstärke ist und wie sich demgegenüber aktuell die Iststärke und die verfügbare Personalstärke darstellen (Angaben bitte nach Polizeiinspektionen aufgeteilt und in gleicher Form wie auf meine Anfragen zum Plenum am 27.03.2014 auf der Drs. 17/1214 sowie zum Plenum am 04.02.2016 auf der Drs. 17/9915)?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes mit dem Ziel, Steuergestaltungsmöglichkeiten durch Share Deals einzuschränken, beurteilt, sowie mit welchem absoluten und prozentualen Zuwachs des Aufkommens aus der Grunderwerbsteuer sie in Bayern in den kommenden fünf Jahren jährlich rechnet?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Im Hinblick auf die Aussage des damaligen Staatssekretärs des Innern, Gerhard Eck, aus dem Jahr 2012, dass der Baubeginn der geplanten Ortsumgehung Prosselsheim (Landkreis Würzburg; einschließlich der Fortführung bis zur Abzweigung Untereisenheim) bereits 2015 erfolgen kann („Main-Post“ vom 01.08.2012: „Mehr als eine Umgehungsstraße“) frage ich die Staatsregierung, welcher Zeit- und Finanzierungsplan aktuell für die Ortsumgehung Prosselsheim vom Baubeginn bis zur Fertigstellung besteht, welche konkreten Gründe zur zeitlichen Verzögerung der Realisierung bisher geführt haben und in welcher konkreten Weise die bevorstehende Reaktivierung der Mainschleifenbahn bei der Planung berücksichtigt ist?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da der Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, Dr. Hans Reichhart, zurzeit die „Förderinitiative Flächenentsiegelung“ bewirbt, frage ich die Staatsregierung, wie vielen Gemeinden bislang im Rahmen der Initiative entsprechende Fördermittel genehmigt wurden, auf welchen Gesamtbetrag sich die genehmigten Fördermittel aktuell belaufen und wie viele Hektar befestigte Fläche dadurch entsiegelt werden konnten?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ab wann kann mit der Umsetzung der Förderrichtlinie für IVF-Behandlungen (In-Vitro-Fertilisation) und ICSI-Behandlungen (Intrazytoplasmatische Spermieninjektion) in Bayern gerechnet werden, wird die Staatsregierung die Förderung für nicht eingetragene Lebensgemeinschaften bzw. unverheiratete Paare ebenso aufnehmen und wie steht sie dazu, dass auch homosexuelle Paare verheiratet bzw. unverheiratet die Mittel aus der Förderrichtlinie erhalten?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, weshalb verschleppt das Bayerische Nationalmuseum, wie in der „Süddeutschen Zeitung“ (Ausgabe 20.09.2019; Titel: „Es fehlt der echte Wille“) jüngst berichtet, die Rückgabe des Möbelstücks (Sekretär) an die Familie Bernheimer, obwohl die Eigentumsverhältnisse und die Rechtslage eindeutig sind, welche juristischen und personalrechtlichen Folgen werden die Versäumnisse des Museums bzw. der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben und werden die 100.000 Euro, die vom Nationalmuseum aus Drittmitteln bezahlt wurden, zurückgegeben (falls ja, bitte unter Angabe der Verbuchung im Haushalt)?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der in Bayern geborenen Kälber wurden pro Jahr in den letzten fünf Jahren aus Bayern heraus in andere Bundesländer oder in das Ausland ausgeführt bzw. exportiert (bitte in absoluten Zahlen und in Prozent aller im jeweiligen Jahr in Bayern geborenen Kälber angeben), wohin wurden diese Kälber ausgeführt bzw. exportiert (bitte jeweils mit der Anzahl der Kälber darstellen) und wie viele Kälber wurden pro Jahr in den letzten fünf Jahren nach Bayern eingeführt bzw. importiert?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele in Bayern ausgebildete Lehrkräfte im Zeitraum von 2010 bis 2018 unmittelbar nach ihrem Referendariat nach Hessen bzw. Baden-Württemberg gewechselt sind, um dort zu unterrichten, welche Möglichkeiten der Freistaat Bayern hat, einen solchen Wechsel zu beeinflussen, um einen Verbleib in Bayern zu befördern, und wie hoch die durchschnittlichen Kosten für die Ausbildung einer Lehrkraft in Bayern (wenn möglich nach Schulart gegliedert) sind?

Annette Karl
(SPD)

Da die digitalen Aktivitäten der Staatsregierung, wie im Kabinettsbericht vom 02.04.2019 angekündigt, einem sogenannten Digital-TÜV unterzogen werden sollen, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse bisher aus dem Digital-TÜV gewonnen werden konnten und wann mit den endgültigen Ergebnissen des Digital-TÜV zu rechnen ist?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem der Zentralrat der Juden (ZJD) gemeinsam mit den Kultusministerien der Länder und der Kultusministerkonferenz (KMK) 2016 eine Erklärung zur Vermittlung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur in den Schulen verfasst hat, frage ich die Staatsregierung, welche der dort aufgeführten Maßnahmen hat sie seit 2016 umgesetzt und gibt es darüber hinaus konkrete Aktivitäten, die die Staatsregierung für Schulen angeregt hat?

Natascha Kohnen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche politischen Handlungsbedarfe sieht sie infolge einer aktuellen Statistik der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, wonach sich die Anzahl der Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Nichtgewährung des Mindestlohns seit dessen Einführung in Bayern mehr als verfünffacht hat, wie stuft die Staatsregierung die stetig sinkende Zahl an Mindestlohnkontrollen ein (9.160 Arbeitgeberprüfungen im Jahr 2018 – und somit über 1.000 weniger als im Jahr zuvor) und wie will sie dafür Sorge tragen, dass der Mindestlohn in Bayern eingehalten wird?

Sebastian Körber
(FDP)

Nachdem sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Fürths Landrat Matthias Dießl und Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly am 07.10.2019 in einer gemeinsamen Pressekonferenz zu den Planungen über die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für Schülerinnen bzw. Schüler und Auszubildende im Verkehrsverbund Nürnberg (VGN) ab dem Schuljahr 2020/2021 äußerten, frage ich die Staatsregierung, welche Gründe vorliegen, dass man die Einführung um ein Jahr verzögert, welcher Mehrwert den Erkenntnissen der Staatsregierung zufolge durch die Einführung entstehen wird (Veränderung Anzahl Fahrgäste, Fahrgeldeinnahmen) und wie sich durch die Einführung im VGN die Ausgleichsleistungen nach § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) ändern werden?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie weit die Einrichtung des dualen Studiengangs Film an der Hochschule Ansbach vorangeschritten ist (bitte mit Angaben zur Lehrplangestaltung, Stand der Einrichtung der hierfür notwendigen Verwaltungsstruktur, Start der Aufnahme von Studierenden), an welchen Standorten die unterschiedlichen Lehrveranstaltungen angeboten werden (bitte mit Angabe der Semesterwochenstunden) und wie sich die Kostenentwicklung gestaltet (bitte mit Angabe der bisherigen Mittelverwendung nach Höhe und Zweck)?

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund eines Aufmarsches des extrem linken Antifaschistischen Bündnisses Memmingen am 05.10.2019 anlässlich der Eröffnung meines Wahlkreisbüros frage ich die Staatsregierung, ob es zu Rechtsverstößen im Zusammenhang mit besagtem Aufmarsch gekommen ist, welche Erkenntnisse die Staatsregierung über Verbindungen des Antifaschistischen Bündnisses Memmingen zur linksextremen Szene hat und wie die Staatsregierung den Umstand bewertet, dass auf der Kundgebung Banner mit Parolen wie „Kein Kommunismus ist auch keine Lösung“, „Fight the system“ und das kommunistische Symbol Hammer und Sichel gezeigt wurden?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem das genossenschaftliche Wohnen der dritte Weg neben Wohnen zur Miete und Eigentum ist, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen seitens der Staatsregierung ergriffen werden, um angesichts des Wohnraummangels das genossenschaftliche Wohnen zu stärken, welche Fördermöglichkeiten es grundsätzlich für (Wohnungsbau-)Genossenschaften gibt und inwiefern Genossenschaften Mittel aus Programmen der bayerischen Wirtschaftsförderung in Anspruch nehmen können?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob Uigurinnen und Uiguren, die in Bayern leben, bei den chinesischen Auslandsvertretungen zum Zwecke der Beschaffung von Pässen oder anderen Identitätspapieren vorsprechen müssen, obwohl bekannt ist, dass Uigurinnen und Uiguren bei der Beschaffung von Pässen oder anderen Identitätspapieren zahlreiche Hürden seitens chinesischer Behörden überwinden müssen, ob aufgrund der schwierigen Passbeschaffungsmaßnahmen (siehe oben) auf die Aufforderung an die Uigurinnen und Uiguren, Identitätspapiere aus China zu beschaffen, verzichtet werden (auch zum Zwecke der Eheschließungen) kann und wie es geduldeten Uigurinnen und Uiguren, aufgrund der oben beschriebenen schwierigen Passbeschaffungsmaßnahmen erleichtert werden kann, eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie umfangreich sind die diesjährigen finanziellen und flächenmäßigen Schäden bei Grünlandflächen in Niederbayern, verursacht durch Maikäferengerlinge (bitte auflisten unterteilt nach Landkreisen), welche Lösungsansätze sind nach der fachlichen Einschätzung der Staatsregierung sinnvoll, um erneute Schäden in den kommenden Flugjahren zu vermeiden und wie beurteilt die Staatsregierung die Möglichkeit, das Ausmaß der aktuellen Schäden für die betroffenen Landwirte mit finanziellen Soforthilfen zu mildern?

Alexander Muthmann
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kommunen in Bayern ihr Haushalts- und Rechnungswesen anhand der doppelten Buchführung (Doppik) durchführen, welche Kommunen auf dieser Basis bereits einen konsolidierten Jahresabschluss im Sinne von Art. 88a Landkreisordnung (LKrO) erstellen und welche Kommunen zumindest einen konsolidierten Schuldenstand ermitteln?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie genau der berechtigte Personenkreis für das angekündigte 365-Euro-Jahresticket im Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) umrissen sein soll, ob es richtig ist, dass Schülerinnen und Schüler freier Schulen dabei nicht berücksichtigt werden und falls ja, was die Begründung dafür ist?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Anstrengungen unternimmt sie, um das Projekt „Innovativer Lernort Coburg“ der Handwerkskammer Oberfranken zu unterstützen, durch welche Haushaltsmittel plant die Staatsregierung diese Maßnahme zu finanzieren und wie hoch ist die konkrete Fördersumme geplant?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie, dass Vereine bei Vereinsfesten Mehrwertsteuer auf Lebensmittelverkäufe abführen müssen, wird hierbei unterschieden, ob es sich um gespendete oder eingekaufte Lebensmittel für den Verkauf handelt, und wie gedenkt die Staatsregierung darauf hinzuwirken, dass Vereine an dieser Stelle nicht zusätzlich belastet werden und ehrenamtliches Engagement, Vereinsfeiern und Feste vor Ort nicht leidet?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler lernten bzw. lernen in den Schuljahren seit 2014 in Bayern Tschechisch (bitte nach Schuljahren, Schularten und Jahrgangsstufen mit jeweiligem Prozentanteil an der Gesamtschülerzahl des Schultyps getrennt angeben), in welcher Intensität findet das tschechische Sprachlernangebot statt (Stundenzahl, Wahlfach, Pflichtfach, Abiturfach) und wie viele Tschechisch-Kurse wurden nach dem Erwachsenenbildungsförderungsgesetz seit 2014 als Teilnehmerlehreinheiten (TLE) durchgeführt?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse über das Vernetzungstreffen der Identitären Bewegung Bayern samt Aktivisten aus der Oberpfalz vorliegen, von dem die Gruppierungen auf ihrer Homepage berichten, wie sie das dort angeblich abgehaltene Kampfsporttraining bewertet und falls dieses Training den Sicherheitsbehörden vorher bekannt war, warum dagegen nicht eingeschritten wurde?

Dr. Martin Runge
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, befanden sich die „Grundstücke in Privatbesitz“, die aktuell von Vertretern der Staatsregierung als elementares Hindernis für einen viergleisigen Ausbau der Bahnstrecke zwischen München-Pasing und Eichenau erklärt werden – ein viergleisiger Ausbau würde „einen Eingriff in Privatgrund bedingen“, für welchen es „kaum genehmigungsrechtliche Durchsetzungsmöglichkeiten“ gäbe – bereits zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Machbarkeitsuntersuchung 2004/2005 zum viergleisigen Ausbau der Bahnstrecke München-Pasing – Buchenau und zum Zeitpunkt der Ausschreibung der Leistungsphasen 1 und 2 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) für eben genanntes Ausbauprojekt, also im Herbst 2005, in Privateigentum, falls ja, wie ist dann zu erklären, dass ab 2005 bis vor wenigen Jahren ein viergleisiger Ausbau seitens DB AG und Staatsregierung als machbar verkündet worden ist und falls nein, durch wen sind die betreffenden Grundstücke veräußert worden (bitte mit Angabe der Veräußerungsursache)?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Plätze in Wohnungen für Menschen mit Behinderungen gibt es in den einzelnen Landkreisen in Oberbayern, wie lang sind durchschnittlich die Wartezeiten für diese und nach welchen Kriterien werden die Plätze vergeben?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, muss in der Kinder- und Jugendpsychiatrie konkret jede einzelne freiheitsentziehende Maßnahme (wie z. B. eine Fixierung) durch das Familiengericht genehmigt werden oder genügt es, dass für eine Patientin oder einen Patienten pauschal für eine bestimmte Zeit alle künftigen freiheitsentziehenden Maßnahmen genehmigt werden?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie der aktuelle Zeitplan (Planungswettbewerb) zur Errichtung von Wohnungen der Bayern-Heim GmbH auf dem ehemaligen Gelände der Straßenmeisterei an der Berliner Allee in Augsburg ist, auf welchen anderen Flächen in Augsburg jenseits der Berliner Allee und der Karmeliten-

gasse die BayernHeim sozial geförderten Wohnraum errichten möchte, falls auf den bisher geplanten Flächen nicht genug Platz für die angestrebten 1.000 Wohnungen ist, und ob in diesem Zusammenhang eine Teilbebauung der ehemaligen Flugplatzheide am Bischofsackerweg mit Wohnungen des Freistaates endgültig vom Tisch ist?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher konkreten Ausnahmeregelung des Schengen-Kodex erfolgt die Verlängerung der Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze und welcher Sachverhalt rechtfertigt die Anwendung dieser Rechtsgrundlage (bitte Subsumtion des Sachverhalts unter die einzelnen Tatbestandsmerkmale der Vorschrift) und wie viele Personen wurden im ersten Halbjahr 2019 aufgrund ausländerrechtlicher Delikte durch die Bayerische Grenzpolizei im Zuge der unmittelbaren Grenzkontrollen an die Bundespolizei übergeben?

Stefan Schuster
(SPD)

Im Zusammenhang mit den durch den Beschluss des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (FEG) neu anfallenden Aufgaben für bayerische Behörden frage ich die Staatsregierung, ob Bayern wie im Gesetzestext empfohlen bis zu vier neue Zentrale Ausländerbehörden einrichten wird, und sollte dem nicht so sein, von wem diese Aufgaben sonst übernommen werden (z. B. durch die existierenden Zentralen Ausländerbehörden oder die Kreisverwaltungsbehörden) und ob die entsprechenden Behörden für diese Mehraufgaben personell aufgestockt werden?

Josef Seidl
(AfD)

Angesichts der Tatsache, dass laut Klimapaket der Bundesregierung verschiedene Heizformen gefördert, andere aber verboten werden sollen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Haushalte in Bayern Öl, Gas, Strom, Pellets, Geothermie oder Fernwärme als Heizmittel nutzen, wie hoch der CO₂-Ausstoß durch die verschiedenen Heizmittel ist und wie hoch das Einsparpotenzial im Einzelnen ist?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Teilnahme von Betrieben an den KULAP-Maßnahmen (KULAP = Kulturlandschaftsprogramm) B60 Sommerweidehaltung, B50 Heumilch-Extensive Futtergewinnung seit 2015 entwickelt, wie viele Betriebe in Bayern betreiben Mutterkuhhaltung, Ochsen- oder Bullenmast auf der Weide und welche Projekte wurden über die Programme „Marktstrukturverbesserung“ und „VuVregio“ (= Verarbeitung und Vermarktung von regionalen landwirtschaftlichen Erzeugnissen) zur Verarbeitung und Vermarktung von Heumilch und Weidefleisch gefördert?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Rahmen und mit welchem Ergebnis Projekte in Bayern, die durch Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert werden, evaluiert werden und welche Vorbereitungen die Staatsregierung in Hinblick auf die nächste Förderperiode trifft?

Christoph Skutella
(FDP)

Bezüglich des Musikunterrichts an bayerischen Grund- und Mittelschulen frage ich die Staatsregierung, wie hoch die personelle Soll- beziehungsweise Ist-Ausstattung mit Musiklehrkräften an den beiden Schularten ist, wie viele Unterrichtsstunden in den

beiden Schularten im Schuljahr 2018/2019 aufgrund von Personalengpässen ausfielen und wie viele Unterrichtsstunden im Schuljahr 2018/2019 von Ersatzlehrkräften im Fach Musik in den beiden Schularten abgehalten wurden?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezüglich des Strukturwandels in der Automobilbranche, welche die Region Bamberg mit 20.000 direkt oder indirekt von dieser Branche abhängigen Arbeitsplätzen besonders hart trifft, frage ich die Staatsregierung, welche in einem Schreiben des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Hubert Aiwanger, vom September 2019 an den Oberbürgermeister der Stadt Bamberg und den Landrat des Landkreises Bamberg genannten „konkreten Projektideen“ für die Region Bamberg gibt es, welche konkreten Maßnahmen für die Region Bamberg ersehen aus dem im Juni 2018 unterzeichneten „Pakt zur Zukunft der Fahrzeugindustrie in Bayern“ und wer ist an den in dem o. g. Schreiben genannten „Gesprächen“ zur Zukunft der Automobilbranche in der Region Bamberg beteiligt?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, müssen private Labore positive Salmonellenbefunde an staatliche Stellen melden, und wenn ja an welche?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die Zentrale Ausländerbehörde Mittelfranken in einem Schreiben an einen Ausbildungsbetrieb, der einen jungen Afghanen zum Metzger ausbildet, die Formulierung verwendete „Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass trotz Genehmigung der Ausbildung bei negativem Abschluss des Asylverfahrens kein Absehen von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen zugunsten einer Fortführung der Ausbildung erfolgt“, frage ich die Staatsregierung, wann werden die Ausführungsbestimmungen bzw. ein Innenministerielles Schreiben (IMS) zum „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ erlassen, enthalten diese Ausführungsbestimmungen bzw. das IMS Regelungen, die den oben genannten Passus in dieser Form enthalten und ist damit faktisch die bisher gültige 3+2-Regelung in Bayern außer Kraft gesetzt?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie groß ist die für das geplante Einsatztrainingszentrum der Polizei in Schwaig bei Nürnberg abzuholende Fläche und wo und in welcher Größe sind Ausgleichsflächen für die Aufforstung geplant?

Anna Toman
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte haben im Schuljahr 2019/2020 die Zweitqualifizierung zur Grund-, Mittel- und Förderschullehrkraft begonnen und wie vielen, an dem Programm teilnehmenden Lehrkräften aus dem Jahr 2018/2019 (bitte aufgeschlüsselt nach „mit Erfolg“, „ohne Erfolg“ und „noch in Ausbildung“), konnte im Schuljahr 2019/2020 eine Planstelle angeboten werden und wie viele haben diese Stelle angetreten?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Meldepflicht für Schulen in Berlin und Baden-Württemberg bei antisemitischen Vorfällen (u. a. Mobbing, Diskriminierung), ist eine derartige Meldepflicht für antisemitische und rassistische Vorfälle an Bay-

erns Schulen ebenfalls eine Option für die Staatsregierung und wenn ja, wann könnte dies umgesetzt werden?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge zum Landespflegegeld sind bislang eingegangen, wie viele davon wurden positiv beschieden und in wie vielen Fällen ist der/die bezugsberechtigte Pflegebedürftige nach Antragstellung und vor Auszahlung verstorben?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie lange ist aktuell die Wartezeit für die Teilnahme am Programm „Dorferneuerung“, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für das Programm zuständig und wie viele Anträge warten momentan auf Bewilligung?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Wildbrücken gibt es über bayerische Autobahnen und Bundesstraßen (bitte nach Autobahn bzw. Bundesstraße auflisten) und bei welchen Neubau- und Ausbauprojekten auf bayerischen Autobahnen und Bundesstraßen werden derzeit Wildbrücken gebaut bzw. geplant (bitte nach Autobahnprojekt bzw. Bundesstraßenprojekt auflisten)?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Konsequenzen zieht sie aus den aktuellen Berichten über überfüllte Regionalzüge und beinahe kollabierte Tourismusorte in Südbayern am vergangenen Wochenende, welche Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen, beispielsweise durch bessere und leistungsfähigere Angebote des ÖPNV um Individualverkehr zu reduzieren, plant die Staatsregierung, um negative Auswirkungen für Bewohnerinnen und Bewohner der Tourismusregionen zu verringern, und für welche Kommunen Bayerns sieht die Staatsregierung die Debatte über den sogenannten Overtourismus als begründet?